

Kurzmeldungen



Mehr Mittel zur Risikominimierung

Anlässlich der Weltklimakonferenz fordern die beiden Migrationsforscherinnen Reva Dhingra und Elizabeth Ferris neben der unmittelbaren Bekämpfung der Ursachen der Klimakatastrophe auch eine Erhöhung der Mittel für Maßnahmen zur Minimierung der Folgen und Anpassungen an die veränderten Umweltbedingungen. Als Beispiele werden Studien über Gebiete, in denen Menschen Umweltgefahren ausgesetzt sind, und Prognosen, wohin Menschen wahrscheinlich migrieren werden, angeführt.

Wichtig wäre auch die Unterstützung lokaler Regierungen, die voraussichtlich in Folge des Klimawandels ihre Bevölkerung verlieren oder stark vergrößern werden. Nur wenige Regierungen haben bereits, wie Vanuatu und Fidschi, konkrete Pläne in den Schubladen, wenn die bewohnbaren Flächen

ihres Staatsgebietes dramatisch zu schwinden beginnen. Auch wenn die Autorinnen einräumen, dass es politisch nicht machbar sei, bestehende Definitionen von Flüchtlingen zu ändern, um die Klimakatastrophe als Fluchtursache einzubeziehen, fordern sie doch von den Regierungen, Klimaflüchtlingen einen ergänzenden humanitären Status zu gewähren, „die Regierungen müssen erkennen, dass die Herausforderungen der Klimamigration nur noch größer werden, wenn keine sicheren und geordneten Wege geschaffen werden.“

Namibia: Klimawandel bedroht Flüchtlingsiedlungen

(UNHCR) Auch im südlichen Afrika sind immer mehr Menschen von den Folgen der Klimakatastrophe betroffen. In einer von UNHCR veröffentlichten Reportage wird über die Verschärfung der Lage im Norden Namibias berichtet. Das einst

fruchtbare Land, das Geflüchteten aus der Demokratischen Republik Kongo für den Anbau von Gemüse und Früchten überlassen wurde, ist unwirtschaftlich geworden. Dürre und auch schwindende Lebensmittelrationen aufgrund von Kürzungen bei den Hilfsbudgets lassen die im 200 km von der Hauptstadt Windhoek gelegen Osire angesiedelten Familien manchmal tagelang hungern. Geringe Regenfälle haben zu einer schlechten Ernte geführt. Da die Temperaturen in Osire fast 40 °C erreichen und das Wasser knapp ist, haben die Flüchtlinge Mühe, die Pflanzen anzubauen, die bisher eine lebenswichtige Nahrungs- und Einkommensquelle waren. Auf der UN-Klimakonferenz COP27, die im November stattfand, fordert der UN-Generalsekretär die internationale Gemeinschaft auf, die Schwächsten vor den Verwüstungen des Klimanotstands zu schützen. UNHCR befürchtet, dass



Flüchtlinge wie jene in Namibia, die ohne Eingreifen der internationalen Gemeinschaft direkt mit Hunger konfrontiert sind, Gefahr laufen, vergessen zu werden.

Kamerun/Tschad: 30.000 Menschen fliehen vor Gewalt wegen Wassermangel

Mindestens 30 000 Menschen flohen vor gewalttätigen Auseinandersetzungen im Norden Kameruns in den benachbarten Tschad. Achtzig Prozent der Neankömmlinge seien Frauen und Kinder, teilte das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR am Freitag mit. In dem Dorf Ouloumsa waren Kämpfe zwischen Hirten, Fischern und Bauern um die schwindenden Wasserressourcen ausgebrochen, die schnell auf benachbarte Dörfer übergriffen. Zehn Dörfer wurden bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Später brachen in der Wirtschaftsmetropole Kousseri Kämpfe aus, bei denen der Viehmarkt zerstört wurde, so der Bericht des Flüchtlingshilfswerks. Die bereits

bestehenden Spannungen in Nordkamerun werden durch die Auswirkungen des Klimawandels angeheizt. Sowohl Fischer als auch Bauern versuchen, das durch den schrumpfenden Tschadsee immer knapper werdende Wasser in großen Gräben aufzufangen. Die einen, um zu fischen, die anderen, um damit Landwirtschaft betreiben zu können. Allerdings bleibt das Vieh oft in den schlammigen Gräben stecken und verendet dort. Das führt zusätzlich zu Ärger und Kämpfen, in einer bereits prekären Lage.

UN: Klimakrise schürt Konflikte in der Sahelzone

(epd) Laut UN-Prognosen stehen die Länder der Sahelzone inmitten der Klimakrise vor Jahrzehnten verschärfter Konflikte, Flucht und Vertreibung. Nur dringend nötige Klimaanpassungsmaßnahmen könnten die Situation entschärfen. Zehn Länder – von Senegal bis Kamerun – werden in dem Prognose-Bericht genauer betrachtet. Die Kli-

makrise zusammen mit der zunehmenden Instabilität und den geringen Investitionen in die Entwicklung führten zu einer „entmündigenden Mischung“, erklärte UN-Sonderkoordinator Abdoulaye Mar Dieye. Diese belastete Gemeinschaften stark und bewirke, dass Ziele für nachhaltige Entwicklung nicht erreicht werden können. Schon jetzt zeichne sich ab, dass zum Beispiel Mais- und Hirse-Ernten deutliche Einbrüche aufgrund extremer Wetterereignisse verzeichnen. Nur ein „massiver Ausbau des kollektiven Klimaschutzes und der Klimaanpassung“ könne die aktuellen und zukünftigen humanitären Folgen lindern, erklärte Andrew Harper, Sonderberater für Klimamaßnahmen des UNHCR. Denn die Region habe grundsätzlich Potenzial, das zum Tragen kommen sollte, betonten die Vereinten Nationen. Die Sahelzone liegt an einem der größten Grundwasserspeicher Afrikas, verfügt über ein immenses Potenzial für erneuerbare Energien und eine junge Bevölkerung

Weltweit: Konflikte, Klimawandel und COVID bedrohen Rekordzahl von Menschen

Die Vereinten Nationen warnen, dass einer von 29 Menschen weltweit im nächsten Jahr dringend Unterstützung bei Nahrung, Unterkunft oder Schutz benötigen wird. In ihrem jährlich erscheinenden Global Humanitarian Overview gehen die Vereinten Nationen davon aus, dass im nächsten Jahr weltweit 274 Millionen Menschen auf Nahrung, Unterkunft und Schutz angewiesen sein werden - ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu den Zahlen für 2020, als 235 Millionen Menschen auf Hilfe angewiesen waren. Diese Krise wird „durch das Zusammentreffen von politischer Instabilität, zunehmenden Vertreibungen, Klimaauswirkungen und den Auswirkungen von Covid-19 verursacht. „Die Krisen haben sich geografisch auf bereits geschwächte Staaten ausgeweitet“, heißt es in dem Bericht. Martin Griffiths, der Leiter der UN-Hilfsorganisation, bezeichnete die Aussichten als „düster“. Der Bericht warnte auch davor, dass die Zahl der mit dem Klimawandel zusammenhängenden Katastrophen zunimmt und im Jahr 2020 insgesamt 389 zu verzeichnen sein werden. Dem Bericht zufolge sei die Finanzierung der Klimaanpassung immer noch völlig unzureichend und räume den Ländern, die am stärksten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind, keine Priorität ein. Und das, obwohl zahlreiche Länder schwer davon betroffen sind. In Äthiopien sind es beispiels-

weise Dürre und Heuschrecken, im Südsudan drei Jahre in Folge Überschwemmungen. Trotz der düsteren Aussichten erklärte Griffiths, dass es in diesem Jahr einige Erfolge gegeben habe. Im Südsudan wurde eine Hungersnot abgewendet, als eine halbe Million Menschen Nahrungsmittelhilfe erhielt, und im Jemen halfen die Vereinten Nationen 344.000 Frauen bei der sicheren Geburt.

Somalia: alarmierende Dürre

Das Horn von Afrika stehe nun „am Rande einer weiteren regenarmen Saison“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) und der somalischen Regierung, die im Herbst veröffentlicht wurde. Die Dürre zwang bereits schätzungsweise 100.000 Menschen, auf der Suche nach Nahrung, Wasser und Weide-

land für ihr Vieh ihre Häuser zu verlassen. Die Vereinten Nationen warnten davor, dass sich die Dürre in Somalia „rapide verschlimmert“ und mehr als zwei Millionen Menschen von schwerwiegenden Nahrungsmittel- und Wasserknappheiten betroffen sind. In den letzten Jahren waren Naturkatastrophen – und nicht Konflikte – die Hauptursache für die Vertreibung in Somalia, einem vom Krieg zerrissenen Land, das zu den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Ländern der Welt zählt. Seit 1990 hat Somalia mehr als 30 klimabedingte Katastrophen erlebt, darunter 12 Dürren und 19 Überschwemmungen. „Die Häufigkeit und Schwere der klimabedingten Gefahren nimmt zu“, heißt es in der Erklärung. Adam Abdelmoula, der UN-Koordinator für humanitäre Hilfe in dem Land, sagte, dass sich in Somalia ein perfekter Sturm zu





sammenbraue. Er rief zu dringenden Maßnahmen auf, um zu verhindern, dass eine Hungersnot ausbricht. Die Pegel der Flüsse Juba und Shabelle sind niedrig und werden in den kommenden Monaten voraussichtlich weiter sinken. Die meisten Berkads - kleine Wasserreservoirs - und Flachbrunnen sind ausgetrocknet, so dass die Gemeinden auf Bohrlöcher angewiesen sind, die weit voneinander entfernt liegen und oft eine geringe Ausbeute und schlechte Wasserqualität aufweisen. In den meisten landwirtschaftlichen Gebieten wird mit Ernteausfällen gerechnet. Bis in das erste Quartal 2023 wird mit einer Verschärfung der Dürrebedingungen gerechnet.

Wer sein Geld ökologisch nachhaltig, sinnvoll und rentabel anlegen will, vertraut seit 1991 auf den Informationsdienst Öko-Invest.



- Er liefert (per Post) aktuelle Analysen, Übersichten und Tipps zu
- nachhaltigen Fonds, Wind-, Solar- und Wasserkraftbeteiligungen
 - über 40 nachhaltigen Titeln im **Musterdepot**, z.B. Aktien von **Geberit, Tesla** und **Tomra** (mit Kursgewinnen bis 8.400%)
 - **25 Natur-Aktien** im Index **nx-25** (+2.100% von 4/97 bis 8/22)
 - **30 Solar-Aktien** im Index **PPVX** (+1.500% von 1/03 bis 8/22)
 - ausserbörslichen Aktien wie **BioArt** oder **Öko-Test**
 - **Warnungen** vor (grün-)schwarzen Schafen.

Das **Handbuch Grünes Geld 2020** enthält (in der 8. aktualisierten Auflage) auf rund 380 Seiten wieder einen umfassenden Überblick über nahezu alle Öko-Investment-Möglichkeiten samt neuer Kapitel wie Green Bonds und Crowd-Investments.

Das Handbuch (Einzelpreis 24,90 Euro portofrei mit Rechnung) und ein **kostenloses Öko-Invest-Probeheft** können Sie abrufen beim Öko-Invest-Verlag, Schweizertalstr. 8-10/5, A-1130 Wien
www.oeko-invest.net, Tel. 0043-1-8760501, oeko-invest@teleweb.at